

die bisherigen Mängel und zeitgemässen Bedürfnisse hervorgehoben, und den höchsten Staatsbehörden Deutschlands zur geneigten Berücksichtigung empfohlen werden, lassen sich namentlich in 3 Punkten zusammenfassen. 1) *Repräsentation*, Vertretung der Pharmacie durch Fachkundige, 2) *freie Disposition* und *Eigenthumsrecht*, weil hierin, wie Hr. Prof. Wackenroder sich am Schluss sehr wahr ausgesprochen hat, die Möglichkeit, die deutschen Apotheken aufrecht zu erhalten, und zwar nicht etwa zum Schaden der Staatsgenossenschaft, sondern zum offenbaren Vortheile derselben, zu suchen ist. 3) Dass den Besitzern nicht die Mittel zur Erhaltung ihrer Existenz durch das Selbstdispensiren der Arzneien durch Homöopathen und Thierärzte entzogen werden, worauf gesetzmässig nur die Apotheker angewiesen sind. Repräsentation und freie Disposition des Eigenthums würden freilich denjenigen Besitzern nicht nützen, wenn der Hauptpunct, die Erwerbsquelle, ihnen entzogen wird, und sie darben müssen. Dass die Apotheker in einem gewissen Wohlstande leben müssen, um den vielseitigen Anforderungen, die der Staat, das Publicum und zeitgemässe Bedürfnisse an dieselben machen, zu genügen, haben die HH. Verf. wiederholt erklärt und bewiesen.

Es würde wahrlich für das fernere Gedeihen unserer Fachverhältnisse, aber auch für das Publicum betrübend sein, wenn unser Stand als „ein armer, beklagenswerther“ beurtheilt werden muss! In der ärztlichen Conferenz zu Berlin vom 28. Juni 1849 hat sich bekanntlich die Majorität der Anwesenden dafür entschieden, dass nur den Apothekern allein das Recht zur Verabreichung homöopathischer Arzneien verbleiben müsse. Die Apotheker werden unter allen Verhältnissen, unbekümmert um den Wechsel der Systeme, als treue Arbeiter, getreu ihrer Pflicht und ihres Eides mit Gewissenhaftigkeit die homöopathischen Arzneien so gut wie die allopathischen zubereiten, und ist nirgends ein Grund zum Misstrauen zu finden, weshalb sie sich nicht mit derselben Treue und Sorgfalt dieser Beschäftigung widmen sollten! — Wir dürfen daher mit Vertrauen bei der definitiven Regulirung der gesammten Medicinalverfassung der Hoffnung Raum geben, dass dieser Passus dahin erledigt wird, dass nur den Apothekern das Recht, Arzneien bereiten zu dürfen, als ein Eigenthumsrecht verbleibt.

4) Ueber Santoninzeltchen.

Ich habe dem Hrn. Carl Ohme auf die von demselben im Junihefte des Archivs d. J. pag. 272 gerade nicht höfliche, jedenfalls aber übertriebene und ungegründet gemachte Ausstellung über die zuerst von mir veröffentlichte Bereitungsweise der Santoninzeltchen nur zu bemerken, dass ich von den so bereiteten Zeltchen dem Miredacteur des Archivs, Hrn. Dr. Bley, damals gleichzeitig Proben zur Beurtheilung eingesandt hatte, welche von demselben beifällig — und irre ich nicht, im Archive selbst — so anerkannt worden sind, dessen Lob oder Tadel mir selbstredend höher gelten muss. —

Das Vervollkommen oder Verbessern ist für unser menschliches Wissen eine schöne Sache, und ich gestehe hier ganz offen, dass ich selbst in meinen bereits weit vorgerückten Jahren noch immer gern, auch von dem Hrn. Carl Ohme — wenn ich Gelegenheit dazu finde: —

lerne; noch schöner aber wird es der Meiste finden, wenn gemachte Verbesserungen schonend und nicht direct verletzend gegen diejenigen der Oeffentlichkeit übergeben werden, welche für ihre zuerst abweichend gemachten Mittheilungen entweder ihre Gründe hatten, oder auch, welche es nicht besser mnssten. — Es fördert ein solches rücksichtsvolles Verfahren den Zweck, nach welchem wir ja Alle streben, sicher mehr, als wenn man von vorne herein befürchten muss, für sein gern dargebrachtes Scherflein früher oder später Unfreundliches erfahren zu müssen.

Lippstadt, den 7. Juli 1851.

Reinige.

Dass die mir damals von Hrn. Reinige eingesandten Proben von Santoninzeltchen sorgfältig und gut bereitet waren, auch ein sauberes Ansehen noch heute besitzen, bezeuge ich auf den Wunsch des Hrn. Collegen Reinige der Wahrheit gemäss.

Dr. Bley.

5) Die geistige Cultur.

*Das Unterrichtswesen im Kaiserstaate Oesterreich; von Dr. Abl *).*

Vor den Märtztagen 1848 gehörte das Unterrichtswesen in der Oesterreichischen Monarchie mit seinen einverleibten Provinzen in das geistliche Referat der k. k. vereinigten Hofkanzlei, und alle Amtsgeschäfte, welche diesen Wirkungskreis berührten, gehörten der k. k. Studien-Hofcommission an.

Das seit Anno 1848 gebildete Ministerium des Cultus und des öffentlichen Unterrichts führt die oberste Leitung über das ganze Oesterreichische Unterrichtswesen, und hat im Vergleich mit andern deutschen Staaten folgendes Eigenthümliche:

a) die enge Verbindung der Erziehung mit dem Unterrichte durch das Bestehen von Convicten, Seminarien, Akademien, welche zugleich Erziehungs-Anstalten sind; am vollständigsten ist diese Verbindung in den Klöstern, namentlich denen für das weibliche Unterrichts- und Erziehungswesen;

b) einen grossen Reichthum an besonderen Berufs-Anstalten, welche hier früher als in andern Staaten in hinreichender Anzahl errichtet wurden;

c) den grösstentheils unentgeltlichen oder doch nur gering bezahltem Unterricht in den niederen und hohen Unterrichts-Anstalten, dessen Kosten theils die Centralverwaltung, theils die Provinzialverwaltung — durch Beiträge von Ständen und Gemeinden — und namentlich der aus dem Vermögen eingezogener Klöster und Stifter gebildete Religions-Studien- und Educationsfonds aufbringt; und

d) die grössere Betheiligung des geistlichen Standes an dem Unterrichte.

Als Ministerium des Cultus hob es die geographisch-kirchliche Eintheilung, die Aufrechterhaltung der ständischen Rechte in Kirchen-sachen, die Bestellung der Geistlichkeit zu besorgen, und es sind ihm die geistlichen Bildungs-Anstalten und Disciplinargegenstände, die Pfarr- und Kirchenbaulichkeiten, geistlichen Communitäten, Stifte, Klöster, geistlichen Stiftungen und Fonds untergeordnet.

Als Ministerium des Unterrichts leitet es unmittelbar die Univer-

*) Auf besondern Wunsch des Hrn. Einsenders aufgenommen. B.